

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>Erstes Kapitel – Rechtliche Rahmenbedingungen für Arbeitszeitkonten .....</b>	<b>5</b>
I. Terminologie .....	6
II. Rahmenregelungen zu Arbeitszeitkonten .....	7
1. Vorliegen einer Wertguthabenvereinbarung .....	7
2. Abgrenzung Wertguthabenvereinbarung – sonstige Wertkonten ....	8
3. Arbeitszeitkontenregelungen und Wertguthabenvereinbarungen im tariflichen Bereich .....	9
4. Verwendungszwecke von Wertguthaben .....	10
5. Kontenführung von Wertguthaben .....	11
6. Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Wertguthaben .....	12
7. Vermögensanlage von Wertguthaben .....	13
8. Insolvenzversicherung von Wertguthaben .....	14
9. Portabilität/Übertragung von Wertguthaben auf die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) .....	17
10. Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Wertguthaben im Störfall .....	18
11. Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV als Störfall .....	19
12. Aufzeichnungs- und Informationspflichten .....	21
III. Klassische Arbeitszeitkontenmodelle .....	21
1. Kurzzeitkonten .....	21
2. Langzeitkonten .....	22
3. Lebensarbeitszeitkonten .....	23
4. Kombinationsmodelle .....	23
<b>Zweites Kapitel – Ökonomische Analyse der Einführung von Arbeitszeitkonten im Unternehmen .....</b>	<b>25</b>
I. Problemstellung .....	25
1. Häufig genannte Vorteile von Arbeitszeitkonten .....	25
a. Für Arbeitnehmer .....	26
b. Für Arbeitgeber .....	26
2. Ziel der ökonomischen Analyse .....	27
3. Vorgehensweise .....	30

II.	Analysebasis.....	31
1.	Besonderheiten von Arbeitsverhältnissen aus ökonomischer Perspektive .....	31
a.	Relationale Verträge.....	31
b.	Prinzipal-Agent-Verhältnis.....	32
c.	Moral-Hazard-Verhalten.....	33
d.	Kooperatives Verhalten .....	33
e.	Hierarchischer Aufbau.....	34
f.	Beschränkungen der Vertragsfreiheit .....	34
g.	Property Rights .....	35
h.	Marktversagen.....	35
i.	Implizite Verträge .....	37
2.	Spieltheorie als Grundüberlegung für die Analyse.....	37
III.	Bestimmung der Idealpositionen .....	40
1.	Idealpositionen der Arbeitgeber/Unternehmen .....	40
2.	Idealpositionen der Arbeitnehmer .....	41
IV.	Ablauf der Verhandlungen .....	42
1.	Verhandlungspositionen der Arbeitgeber.....	43
a.	Produktiver Einsatz der Arbeitskräfte.....	43
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	43
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	44
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten .....	45
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis .....	46
b.	Beschäftigungsstabilisierung .....	46
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	46
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	48
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	48
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis .....	50
c.	Geringhaltung der Personalkosten .....	50
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	50
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	51
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	51
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis .....	53
d.	Transparenz und Kontrolle .....	54
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	54
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	54
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	55
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis .....	55
e.	Vertrauen und Kooperation.....	56
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	56

(2) Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	56
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	56
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis .....	57
2. Verhandlungspositionen der Arbeitnehmer.....	58
a. Physische Bedürfnisse .....	58
b. Sicherheit und Bequemlichkeit.....	58
(1) Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	58
(2) Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	60
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	61
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis .....	63
c. Anerkennung.....	64
(1) Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	64
(2) Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	65
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	65
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis .....	65
d. Selbstverwirklichung .....	66
(1) Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitnehmer .....	66
(2) Ausgangsposition der Arbeitgeber .....	67
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	67
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis .....	68
3. Ergebnis der Verhandlungen .....	69
V. Zusammenfassung des zweiten Kapitels .....	70

<b>Drittes Kapitel – Der Anspruch der Arbeitnehmer auf Wertguthaben-</b> <b>vereinbarungen gem. § 7b SGB IV .....</b>	<b>73</b>
I. Problemstellung.....	73
1. Warum über einen Arbeitnehmeranspruch nachgedacht werden sollte – Ökonomische Überlegungen .....	73
2. Vorgehensweise.....	76
II. Anspruch aus Arbeitsvertrag .....	77
1. Auslegung von Arbeitsverträgen .....	77
2. Fürsorgepflichten des Arbeitgebers .....	78
3. Bestimmungsrecht über das erdiente Arbeitsentgelt .....	81
4. Geltendmachung von Eigentumspositionen .....	82
5. Fazit.....	84
III. Tarifvertraglicher Anspruch .....	84
IV. Einfachgesetzlicher Anspruch.....	84
V. Verfassungsrechtlicher Anspruch.....	85
1. Staatliche Schutzpflichten.....	86
a. Schutzpflichtendogmatik .....	86

b.	Zukunftsgerichteter Schutz .....	90
c.	Einbeziehung sozialer Prinzipien .....	90
2.	Subjektives Recht auf Schutz .....	92
3.	Eröffnung des Schutzbereiches.....	93
a.	Persönlicher Schutzbereich.....	93
b.	Sachlicher Schutzbereich.....	94
4.	Schutzgutgefährdung .....	95
a.	Maßstab eines schutzpflichtenaktivierenden Gefährdungsniveaus.....	96
(1)	Evidenzformel und Untermaßverbot .....	97
(2)	Schutzpflichtenaktivierende Gefährdungslagen in Vertragsverhältnissen.....	98
(a)	Fallgruppe unvorhersehbarer Gefahren.....	100
(b)	Fallgruppe struktureller Ungleichgewichte im Arbeitsverhältnis.....	100
b.	Ungewöhnliche Belastungen durch die Vertragsfolgen.....	105
(1)	Abstimmbarkeit von Arbeitszeit und Freizeit.....	106
(2)	Beschäftigungssicherung .....	108
(3)	Betreuung von Kindern.....	109
(4)	Pflege Angehöriger.....	112
(5)	Weiterbildung .....	114
(6)	Vorgezogener Ruhestand.....	116
(7)	Altersvorsorge.....	118
5.	Berücksichtigung der Belange der Arbeitgeber.....	122
6.	Fazit.....	123
VI.	Europarechtlicher Anspruch.....	125
1.	Primärrecht.....	125
2.	Sekundärrecht.....	127
3.	Weitere Regelungen.....	128
4.	Schutzpflichten aus dem europäischen Recht.....	129
5.	Fazit.....	130
VII.	Zusammenfassung des dritten Kapitels .....	130
 <b>Viertes Kapitel – Verfassungsrechtliche Bedenken an der</b>		
<b>beitragspflichtigen Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV .....</b>		<b>135</b>
I.	Problemstellung.....	135
1.	Entwicklung der gesetzlichen Vorgaben der Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV .....	136
2.	Gründe des Gesetzgeber für die Neuregelung des § 23b Abs. 3a Satz 2 SGB IV.....	138

3.	Vorgehensweise.....	140
II.	Verstoß gegen einfaches Recht .....	140
III.	Verstoß gegen Verfassungsrecht.....	141
1.	Formelle Verfassungsmäßigkeit.....	141
2.	Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG.....	142
a.	Eröffnung des Schutzbereiches.....	142
b.	Unmittelbare Eingriffe.....	144
	(1) In die Privatautonomie.....	144
	(2) In die allgemeine Handlungsfreiheit.....	146
	(3) Rechtfertigung bzw. Schutzpflichtenaktivierendes Gefährdungsniveau .....	146
	(a) Rechtfertigung bei Annahme eines Eingriffs durch aktives Tun .....	147
	(b) Schutzpflichtenaktivierendes Gefährdungsniveau bei Annahme eines Eingriffs durch Unterlassen .....	149
c.	Mittelbare Eingriffe .....	150
	(1) Aufgrund wirtschaftlicher Nachteiligkeit.....	150
	(2) Weitergehendes, erhöhtes Vorsorgerisiko Wenigverdienender.....	151
	(3) Faktischer Zwang zur Auszahlung bzw. Freistellung .....	153
	(4) Eingriffsschwelle bei mittelbaren Eingriffen .....	154
d.	Fazit.....	155
3.	Verstoß gegen Art. 3 GG.....	156
a.	Unmittelbare Ungleichbehandlung nach Art. 3 Abs. 1 GG ....	156
	(1) Vorrangige Anwendbarkeit der Regelungen über die Entgeltumwandlung.....	157
	(2) Ungleichbehandlung wesentlich gleicher Sachverhalte ...	158
	(3) Rechtfertigungsansatz.....	161
b.	Mittelbare Ungleichbehandlung von Personengruppen .....	161
	(1) Mittelbare Ungleichbehandlung von Wenigverdienern und Mehrverdienern.....	162
	(2) Vorrangige mittelbare Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts nach Art. 3 Abs. 2 Satz 2 bzw. 3 Satz 1 GG.....	163
	(a) Abgrenzung der Anwendungsbereiche von Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 GG .....	163
	(b) Empirische Daten und Grundsätze bezogen auf eine geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung.....	166
	(3) Rechtfertigung der mittelbaren Diskriminierung .....	169
	(a) Rechtfertigungsmaßstab .....	169

	(b) Rechtfertigung .....	170
	(4) Rechtfertigung der mittelbaren Ungleichbehandlungen von Personengruppen nach Art. 3 Abs. 1 GG .....	176
	(a) Rechtfertigungsmaßstab .....	176
	(b) Rechtfertigung .....	178
	c. Fazit.....	180
	4. Verstoß gegen den Vertrauensschutz.....	181
IV.	Verstoß gegen Recht der Europäischen Union .....	182
	1. Verstoß gegen Grundfreiheiten und das allgemeine Diskriminierungsverbot .....	182
	2. Verstoß gegen das Gebot der Entgeltgleichheit.....	183
	3. Verstoß gegen das allgemeine arbeitsrechtliche Gleichheitsgebot der Geschlechter .....	184
	4. Verstoß gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.....	185
	5. Verstoß gegen Sekundärrecht .....	186
	a. Richtlinie 2006/54/EG .....	186
	b. Richtlinie 2004/113/EG .....	188
	c. Richtlinie 79/7/EWG .....	188
	6. Fazit.....	189
V.	Vorschlag einer Neuregelung zur sozial-versicherungsrechtlichen Behandlung der Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV .....	189
VI.	Zusammenfassung des vierten Kapitels .....	194
	<b>Wesentliche Ergebnisse der Arbeit .....</b>	<b>199</b>
	Literaturverzeichnis.....	203